

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 03/2015

22. Jahrgang

9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. April 2015

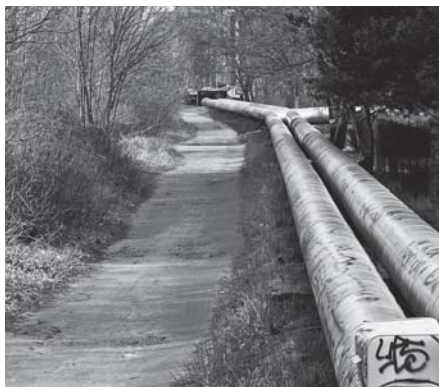
**DIE LINKE bleibt dran:**

## Gegen Ignoranz und Hinhaltetaktik

Gemäß ihrem Grundsatz „Ein Potsdam für alle“ bleibt die Fraktion der LINKEN hartnäckig an Themen dran, die wohl als sekundär für die Stadtentwicklung eingestuft werden, aber die Lebensqualität für einen Teil der Bürgerinnen und Bürger ihrer Heimatstadt beeinträchtigen.

Aber genauso hartnäckig windet sich die Verwaltung, sogar bestehende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden auf die lange Bank geschoben oder als nicht realisierbar eingeordnet.

Da ist das leidige Problem des Lärmschutzes an der Nutheschnellstraße. Bei dem jetzigen Bauabschnitt kann man verfolgen, was möglich ist – gerade entstehen die Lärmschutzwände und beweisen, dass es geht und auch, dass Lärmschutz notwendig ist. Seit 2007 beschäftigt sich die LINKE mit dem Lärmschutz an der Nutheschnellstraße. Immer wieder griff sie die Beschwerden von Anwohnern auf, doch es gab – trotz Zusagen der Verwaltung – keine Änderung. Es handelt sich nämlich um eine Landesstraße. Und für den Lärmschutz ist der Landesbetrieb Straßenwesen zuständig, und der beruft sich auf Gutachten, die die Einhaltung der Grenzwerte ausweisen, signalisierte allerdings auch Bereitschaft, mit der Stadt zusammen den Lärmschutz zu realisieren. Die Bürger protestierten weiter, denn eine noch



höhere Belastung ist vorauszusehen, da die Nutheschnellstraße als Zubringer für den Flughafen ausgebaut wird. Doch gefehlt: Die Bemühungen griffen bisher nicht. Land und Stadt sind sich uneins – die Anwohner werden weiter in ihrer Lebensqualität eingeschränkt. Eine erneute, von der LINKEN beantragte Behandlung im Hauptausschuss am 25. März dieses Jahres musste vertagt werden, da der Vertreter des Landesbetriebes für Straßenwesen wegen der Kurzfristigkeit des Termins nicht anwesend war.

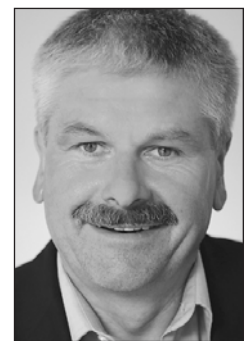
Anders bei einem weiteren, langjährigen Vorhaben der LINKEN: Hier ist die Stadt allein zuständig und könnte also, wenn sie nur wollte: Der Radweg vom Schlaatz zum Stern sollte schon vor langer Zeit, ursprünglich schon im Jahre 2001 im Zusammenhang mit der BUGA-Vorbereitung, ausgebaut werden. 2009 landete er im Bürgerhaushalt weit vorne, wurde aber immer wieder in die folgenden Jahre verschoben – schwierig zu klärende Eigentumsverhältnisse wurden Mal um Mal von der Verwaltung angeführt. Ein kleines Stück wurde begonnen, nun soll 2016 gebaut werden. Warum nicht schon in diesem Jahr, denn das Geld stehe ja gemäß Doppelhaushalt auch jetzt schon zur Verfügung, fragte die LINKE abermals und bekam die übliche Antwort: noch seien Eigentumsfragen zu klären...



### Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen  
und Potsdamer,

vielleicht ist es Ihnen auch schon aufgefallen, dass die Medienberichte über die Plenarsitzungen und die Sitzungen der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung immer spartanischer ausfallen. Dage-



gegen ist die Anzahl der Pressekonferenzen im Rathaus immer mehr gesteigert worden. Es ist fast zur Regel geworden, dass von den Stadtverordneten geforderte Berichte des Oberbürgermeisters zuerst in Pressekonferenzen an die Medienvertreter übermittelt werden. Die auftraggebenden Stadtverordneten werden dann sozusagen in einer Nachwäsche informiert. Allein dieses Vorgehen hat schon zur Folge, dass die Ausschusssitzungen und die Diskussionen der Stadtverordneten an Bedeutung verlieren. Man spürt an der Arroganz des Oberbürgermeisters, dass er vom Wechselspiel zwischen Rathauskooperation und Opposition profitiert und seine eigenen Akzente setzen kann.

So erfreulich sein Meinungswandel zur weiteren Nutzung des Rechenzentrums in der Breiten Straße ist oder zum Bürgerdialog zur Garnisonkirche: In diese Prozesse müssen die Stadtverordneten von vornherein einbezogen werden. Oder der Umgang mit den städtischen Unternehmen. Wenn der Oberbürgermeister seine Verantwortung als Gesellschaftervertreter so auslegt, dass er allein entscheidet, möglichst ohne Stadtverordnete, dann läuft etwas schief. Die Linksfraktion wird eine solche Entwicklung nicht hinnehmen.

Ihr  
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Politik für die Bürger oder die Verwaltung?



*Es ist schon interessant, wie eine Beigeordnete im Zusammenhang mit Entscheidungen in der Stadtverordnetenversammlung bemüht ist, die Stadtverordneten mit ihrer Mimik und Gestik zu beeinflussen.*

*Zur Erklärung: Für die Aprilsitzung hatten wir mit dem Beschluss über den Erhalt der Geburtenstation in Bad Belzig den Oberbürgermeister als Mehrheitsgesellschafter und die Geschäftsführung des Klinikums mit der Erarbeitung eines Konzeptes zum langfristigen und tragfähigen Erhalt der Absicherung der Station durch Fachärzte und Hebammen beauftragt. Am Montag vor der Sitzung wurden wir schriftlich informiert, dass eine Berichterstattung nicht vor Juli stattfinden wird, da die Beratung zur Entscheidung von Seiten des Ministeriums für Gesundheit erst im Juni stattfindet.*

*Damit konnten wir uns nicht einverstanden erklären, da FÜR die Entscheidung des Ministeriums das Konzept eine Grundlage sein soll. Wir haben deshalb den Oberbürgermeister per Abstimmung nochmals beauftragt, das Konzept zur Maisitzung zu „liefern“.*

*Während der Abstimmung fiel uns nicht zum ersten Mal auf, dass die für dieses Ressort zuständige Beigeordnete die Stadtverordneten zu beeinflussen versucht, indem sie bei den Ja-Stimmen den Kopf verneinend schüttelt und bei den Nein-Stimmen vehement nickt, was heißen soll, den Antrag abzulehnen.*

*Da stellt sich nicht nur mir die Frage: Für wen machen wir noch Politik?*

*Jana Schulze  
sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin*

## Gesine Dannenberg – Studentin in der Stadtpolitik

Gespannt blicke ich auf die vor mir liegende Tätigkeit als Stadtverordnete in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, in die ich nun für Anita Tack zum 31. März 2015 nachgerückt bin. Ende 2013 habe ich meinen ersten Hochschulabschluss, den Bachelor of Education für das Lehramt in Englisch und Politische Bildung, an der Universität Potsdam abgeschlossen und werde mein Masterstudium voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres beenden. Dann kann ich auch mein Referendariat beginnen.

Politisch war und bin ich an der Universität Potsdam als Mitglied des Studierendenparlaments und als studentisches Mitglied des Senats aktiv und setze mich für die Interessen von Studierenden und jungen Menschen an der Hochschule ein. Aber diese Stadt, ob Hochschulstandort oder nicht, muss für alle da sein. Ob und wie man hier gut leben kann, wird von allen Menschen, die hier leben – sei es die Studentin, der Schüler, seien es Berufstätige, nicht Erwerbstätige oder Senioren – ganz unterschiedlich beantwortet. Als Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung bin ich stolz darauf, dass diese immer wieder da-



Foto: privat

rauf hinweist und sich für eine lebenswerte Stadt für alle einsetzt. Ich werde zukünftig in diesem Sinne insbesondere im Bildungsausschuss mein Bestes geben und freue mich auf eine konstruktive und faire Zusammenarbeit.

*Gesine Dannenberg*

## Verwaltung beantwortete Fragen der LINKEN

### Parken in der Bergholzer und der Schlaatzstraße

An Sascha Krämer war herangetragen worden, dass die Parkflächen in der Bergholzer Straße und in der Schlaatzstraße in Anwohnerparkflächen umgewidmet werden sollen. Eine offizielle Information der AnwohnerInnen durch die Verwaltung gebe es bisher nicht. Da in dieser Gegend bereits nur begrenzter Parkraum für die dort Wohnenden zur Verfügung steht, fragte er, welche Beweggründe es für diese Absicht gibt.

Der angesprochene Bereich sei laut Parkraumkonzept, das die Stadtverordneten beschlossen haben, als Beobachtungsgebiet ausgewiesen, antwortete Matthias Klipp auf die Frage von Sascha Krämer, warum denn dort das Anwohnerparken eingeführt werden soll. Durch die Schließung des Nuthe-Parkplatzes gebe es eine veränderte Parkraumsituation, da die Mitarbeiter des Hauses der Wirtschaft und des Wassers viele Parkplätze im öffentlichen Parkraum besetzen, daher sei es im Interesse der Anwohner, die Parkplätze mit Anwohnerparkberechtigung auszuweisen. Das Argument von Sascha Krämer,

dass die Belegung durch die beiden Einrichtungen allerdings gegen 16 Uhr endet, ließ Klipp nicht gelten. Lt. Gebührenordnung koste eine Anwohnerparkberechtigung 30 Euro im Jahr, dafür habe der Anwohner dann das Recht auf einen Parkplatz in Wohnortnähe.

### Berufung der Stadtteilräte

Im April 2015 sollten die neuen Mitglieder der Stadtteilräte Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden. Das geht aus dem Protokoll des ehemaligen Stadteilrates vom Dezember 2014 hervor. Wann werde die Verwaltung eine entsprechende Vorlage in die SVV einbringen, fragte Jana Schulze.

Der Beigeordnete Matthias Klipp teilte mit, dass die Beschlussfassung über die Zusammensetzung dieser „seit Jahren bewährten Form der Beteiligung“ unmittelbar bevorstehe. In der SVV am 6. Mai könne der Beschluss gefasst werden. Warum der Vorgang so lange gedauert hat, wollte Dr. Sigrid Müller wissen. Darauf hatte Klipp keine Antwort. Er werde sich aber entschuldigen, wenn es an der Verwaltung und ausnahmsweise mal nicht an den Stadtverordneten lag.

## Beschlossen

### Verkehrsknoten Bahnhof Pirschheide

Mit dem Beschluss des Antrages der LINKEN soll sich der Oberbürgermeister „mit Nachdruck im Land, gegenüber der Deutschen Bahn AG und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) dafür einsetzen, dass die Reaktivierung der oberen Bahnsteige des Bahnhofs Potsdam-Pirschheide zeitnah erfolgt“.

Ralf Jäkel hatte in der Antragsbegründung daran erinnert, dass die Landeshauptstadt schon 2011 die Wiederinbetriebnahme der oberen Bahnsteige als prioritäre Maßnahme des Regionalen Wachstumskerns Potsdam vorgeschlagen hatte. Auch ein vom VBB beauftragtes Gutachten von Anfang 2011 stellte ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis fest. Das Vorhaben wurde folglich als wichtige Infrastrukturmaßnahme in die Fortschreibung des Landesnahverkehrsplanes aufgenommen. „Seitdem hat sich nichts getan“, stellte Jäkel fest, es sei an der Zeit, einen neuen Anlauf für dieses wichtige Vorhaben, den Ausbau des Bahnhofs Pirschheide zum westlichen Nahverkehrsknotenpunkt der Landeshauptstadt zu unternehmen. „Auch in Anbetracht der aktuellen Debatte um die Verkehrsbelastung in der Zeppelinstraße kommt der Reaktivierung früherer Angebote und der Verbesserung der aktuell vorhandenen Regionalbahnbindung in Potsdam große Bedeutung zu, um zur Entlastung der Verkehrsmengen durch Schaffung alternativer Angebote wirksam beizutragen. Der Baubeigeordnete Matthias Klipp betonte, er sehe dies genauso, der Oberbürgermeister setze sich im Regionalen Wachstumskern immer dafür ein. Er dämpfte aber die Hoffnungen: „Das wird nicht zeitnah passieren.“

Dennoch wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, dass der Oberbürgermeister in der Mai-SVV informieren soll.

### Sicherung Tierheimstandort Sago-Gelände

Schon lange setzt sich die LINKE dafür ein, dass die Stadt den Tierschutzverein Potsdam und Umgebung beim Bau eines Tierheimes zu unterstützen. Mehrheitlich beschlossen wurde jetzt ein Antrag mit folgendem Wortlaut: „Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Willen, dass das an den TSV (Tierschutzverein) Potsdam vergebene Grundstück als Standort für eine Tierbetreuungseinrichtung mit der Option der späteren Errichtung eines Tierheimes entwickelt wird. Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt die Entwicklung verbunden mit der Annahme, dass sich der TSV nach der Entwicklung des Standortes an einer Ausschreibung der Fundtierbetreuung beteiligen wird. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem TSV an der Ausräumung der Bedenken der Kommunaufsicht zu arbeiten.“

### Gestaltung des Willi-Frohwein-Platzes

Ein Ergänzungsantrag der LINKEN wurde zu einem Antrag der Rathauskooperation beschlossen, wonach der Willi-Frohwein-Platz in Babelsberg angemessen und würdevoll gestaltet werden soll.

Die LINKE setzte durch, dass die anliegenden Wohnungsgesellschaften beteiligt und die Babelsberger Schulen in geeigneter Weise in die Ideenfindung zur Gestaltung des Platzes zur Ehrung des antifaschistischen Widerstandskämpfers einbezogen werden.

## Abgelehnt

### Börse für kulturelle Bildung

Mit ihrem Antrag schlug die LINKE vor, ab 2016 jährlich eine „Börse für kulturelle Bildung“ auszurichten, „die eine öffentliche Präsentation aller Anbieter für kulturelle Bildung, insbesondere für Kinder und Jugendliche, ermöglicht.“

Dr. Karin Schröter hatte die Idee aus der Diskussion der kulturpolitischen Leitlinien der Stadt aufgegriffen. So sollten Anbieter kultureller Bildung und deren potenzielle Nutzer leichter zusammenfinden.

Der Vorschlag wurde ohne jede Diskussion und Begründung abgelehnt.

## Im Konsens in die Ausschüsse überwiesen

### Parkraumkonzept für den Campus Stadtverwaltung

Im Hauptausschuss wird der Antrag der Linken erörtert, mit dem sie ein Parkraumkonzept auf dem Campus der Stadtverwaltung erreichen will.

Das Wahrnehmen von Terminen werde für Stadtverordnete, Fraktions- und Ausschussvorsitzende, die Mitglieder des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung sowie für die Ortsvorsteher immer problematischer, „vor allem, weil der genannte Personenkreis ehrenamtlich arbeitet, in der Regel dafür die berufliche Tätigkeit kurzzeitig fern bleiben und eine Rückkehr zum Arbeitsplatz schnellstmöglich erfolgen muss. Das Benutzen des eigenen PKW ist auch deshalb unabdingbar, weil durch die Verwaltung keine Fahrzeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln als zu erstattender Verdienstausschlag anerkannt werden.“ Der Antrag wurde notwendig, weil der Oberbürgermeister per Anordnung ohne nachvollziehbaren Grund den großen Innenhof des Stadthauses als Parkfläche als für immer gesperrt erklärt hat.

## Überwiesen in Ausschüsse

### Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Potsdam

Jana Schulze begründete den Antrag der LINKEN, dass das jährlich von der Trägerversammlung des Jobcenters beschlossene Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben wird. In dem Dokument werden die wichtigsten Handlungsfelder des Jobcenters und dessen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschrieben. Sie wies auf Beispiele hin, dass in Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming die Programme sogar online nachlesbar sind.

Nach dem Einwand von Elona Müller-Preinesberger, dass das Jobcenter keine eigene Internetseite habe, aber die Agentur für Arbeit das Programm veröffentliche, soll die Meinungsverschiedenheit im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration geklärt werden.

### Fuß- und Radweg Maulbeerallee

Ralf Jäkel hatte schon in der März-SVV nachgefragt, ob es möglich sei, entlang der Maulbeerallee mit



wenig Aufwand einen Fuß- und Radweg herzurichten. Matthias Klipp hatte dies wegen des schlechten Untergrundes und des hohen Kostenaufwandes verneint. Weil sich die LINKE mit dieser Antwort nicht zufrieden

gibt, begründete Ralf Jäkel nun deren Antrag, die „Ertüchtigung des westlichen Teils des straßenbegleitenden Fuß- und Radweges neben der Maulbeerallee in das Radverkehrskonzept der Stadt einzuordnen. Eingedenk der Klippschen Einwände wird weiter formuliert, dass „ein behutsamer Ausbau mit wassergebundener Decke bei Erhalt aller Bäume vorzusehen“ ist.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

### Leitbild mit Potsdam-Mittelmark

Bei der Erarbeitung des Leitbildes für die Landeshauptstadt Potsdam soll eine enge Kooperation mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark einen hohen Stellenwert erhalten. Diesen Antrag der LINKEN brachte Dr. Karin Schröter ein. Besonders die aktuelle Diskussion über die Zufahrt über die Zeppelinstraße und den ÖPNV belege die Notwendigkeit, sich mit dem größten Nachbarkreis über Zukunftsgedanken abzustimmen. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.





### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn  
jeweils 18 Uhr  
20. und 27. April; 04., 11. und 18.  
Mai 2015

**10. Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung**  
Stadthaus, Plenarsaal  
06. Mai 2015, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen  
Rathausreport Live**  
10. Mai 2015, Beginn 10 Uhr  
Bürgerhaus Stern\* Zeichen, Ga-  
lileistraße 37/39

**Ausgabe des „Rathausreport“  
Nummer 4/2015**  
18. bis 20. Mai 2015 – Achtung:  
im Mai nur von Montag bis Mitt-  
woch!!!

**Info- Stände in den Stadtteilen:**  
15. und 16. Mai 2015  
Mit Ausgabe des Rathausreport  
und Informationen zu den Er-  
gebnissen der Stadtverordneten-  
versammlung am 06. Mai 2015

## Willkommen in Potsdam

„Potsdam ist gut darauf vorbereitet, entsprechend des aktuellen Zuweisungsschlüssels des Landes im Jahr 2015 insgesamt 626 Flüchtlinge aufzunehmen. Als Mitglied der Jury, die in Vergabeverfahren zunächst entscheidet, welcher Träger die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in neu einzurichtenden Unterkünften übernimmt, weiß ich, welche Anstrengungen die Kolleginnen und Kollegen des zuständigen Fachbereiches in der Verwaltung unternehmen, um diese politisch anspruchsvolle Aufgabe zu erfüllen. Momentan wird die Eröffnung von Unterkünften in der David-Gilly-Straße, 50 Plätze, in der ehemaligen Waldschule in Groß Glienicke, 115 Plätze, und an der Pirschheide 13, 70 Plätze, vorbereitet. Die Schaffung der Unterkünfte ist die eine Herausforderung. Mindestens genauso anspruchsvoll aber ist die Ausgestaltung der tatsächlichen Aufnahme der Geflüchteten in unserer Stadt, der Willkommenskultur. Dazu gehört die Unterstützung bei den notwendigen behördlichen Gängen, beim Erlernen der nicht leichten deutschen Sprache, die Betreuung der Kinder in Kitas, Kinder- und Jugendclubs und Sportvereinen, die Einführung in die Schule und vieles mehr. Vor allem aber gehört dazu ganz viel ehrenamtliches Engagement von Nachbarn, Hausgemeinschaften, Mitgliedern von Vereinen und Verbänden. Da, wo das funktioniert, wo Potsdamerinnen und Potsdamer neugierig auf die neuen Mitmenschen sind, wie zum Beispiel rund um die Unterkunft in der Haeckelstraße, verschwinden Vorurteile und Ängste vor dem ‚Fremden‘, werden Freundschaften geschlossen, Patenschaften gegründet, kurz: Das Willkommen wird gelebt.“ Soweit Dr. Sigrid Müller, die für die Fraktion der LINKEN die städtischen Programme begleitet.

So auch in Groß Glienicke, wo nun schon die zweite Informationsveranstaltung stattgefunden hat, denn der Ort soll in der ehemaligen Waldschule über 100 Flüchtlinge aufnehmen. Der Standort ist umstritten gewesen, denn die Waldsiedlung ist Bestandteil eines ehemaligen Militärgeländes, mindestens 3 km vom Ortskern Groß Glienicke entfernt und zudem am Rande des Villenparks, der zu etwa 60 Prozent bereits mit noblen Villen zwischen Potsdam und Berlin bebaut und bezogen ist. Zur zweiten Informationsveranstaltung sind gut 200 Groß Glienicker, aus dem Ort, aus Kladow und natürlich viele unmittelbare Anwohner aus dem Villenpark gekommen. Zunächst vermengen sich allgemeine Probleme, vor allem der Anbindung an die Infrastruktur, mit dem konkreten

Anlass. Denn nicht nur die Busverbindung, sondern auch die Straßenbeleuchtung für einen sicheren Fußweg ins Dorf, zum Einkaufen oder zur Haltestelle Am Park, würde spätestens mit Eintreffen der Flüchtlinge vor allem auch den Villenparkbewohnern zu gute kommen.

Die Diskussion um die Misslichkeiten der Anbindung von Groß Glienicke Nord wendet sich, als Regina Dürr sich als Vertreterin der Groß Glienicker „Neuen Nachbarschaften“ zu Wort meldet. Sie ist eine Initiatorin aus der evangelischen Kirchengemeinde Groß Glienicke. Sie fragt: Wann kommen



wie viele Flüchtlinge, und wann hat es Sinn, sich ehrenamtlich aus dem Ort heraus um die Integration zu kümmern?

Ende Mai sollen die etwa 100 Plätze in Groß Glienicke bezugsfertig gemeldet werden, teilt die Beigeordnete Müller-Preinesberger mit. Dann werden sie in zwei bis drei Stufen aus dem zentralen Aufnahmelager Eisenhüttenstadt in Groß Glienicke ankommen und bräuchten Zeit zum Eingewöhnen und zur Orientierung. Regina Dürr, die an diesem Abend bereits 50 Mitstreiter für die „Neuen Nachbarschaften“ gewonnen hat, und die Künstler des Neuen Atelierhauses Panzerhalle nahmen den Kontakt zu dem künftigen Betreiber, dem Internationalen Bund, auf. Für die Integrationsarbeit stehen im Potsdamer Haushalt insgesamt 150.000 Euro zur Verfügung, Groß Glienicke habe daran einen Anteil von 14.000 Euro, „die unbürokratisch verwendet werden können“.

Peter Kaminski zog eine Fazit: „Ich bin froh, dass es der Stadtverwaltung nach ersten Stolperern gelungen ist, gut und umfassend über die Gemeinschaftsunterkunft und die Betreuung zu informieren. Die angekündigte und bereits gelebte Hilfsbereitschaft der Groß GlienickerInnen steht unserem Ortsteil gut zu Gesicht. Durch meine Tätigkeit im Ortsbeirat und als Stadtverordneter kann ich in der Stadtverwaltung koordinierend mitwirken.“

## RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam